

Der SPD-Staat

Wunschtraum der Sozialisten – Alptraum für die Bürger

	Seite
Mehr illusionäre Entspannungspolitik — weniger Sicherheit	3
Bürokratische Planwirtschaft statt Soziale Marktwirtschaft	5
Der Marsch in die Einheitsrente	9
Verstaatlichung des Gesundheitswesens	10
Der Griff des Staates nach der Familie	12
Diskriminierung der Frauen	14
Der Griff des Staates nach der Jugend	15
Rechtsstaat in Gefahr	17

Die SPD erweckt gegenüber dem Wähler den Eindruck einer Partei, die sich im Wettbewerb mit den anderen demokratischen Parteien um einen Regierungsauftrag auf Zeit bewirbt. Schmidt gibt sich bürgerlich. Der Wähler soll meinen, er wähle mit der SPD eine bürgerliche Partei. In Wirklichkeit will die SPD die uneingeschränkte Macht. Sie will systemverändern. Sie will die Bundesrepublik Deutschland zum SPD-Staat machen.

„Der demokratische Staat ist nichts anderes in seinem Fundament als die Sozialdemokratische Partei.“ Diese erschreckende Behauptung stammt nicht etwa von irgendeinem wildgewordenen Jungsozialisten; sie ist auch nicht in einem obskuren Zirkel linkssozialistischer Theoretiker gefallen. Diese anmaßende, gleichwohl für die SPD richtungsweisende These hat Helmut Schmidt persönlich verkündet —, und zwar vor dem SPD-Parteirat am 13. Februar 1969 in Bonn. (Zitiert nach „Frankfurter Rundschau“, 5. April 1969.)

In Wahlzeiten versucht Schmidt, Programmbeschlüsse seiner SPD vor den Wählern zu verstecken: „Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß die Beschlüsse des Berliner Bundesparteitages gelten. Das ist doch kein Grund, sie dem Wähler in aller Ausführlichkeit zu servieren.“ (Wahlparteitag Essen, unkorrigiertes Protokoll vom 9. Juni 1980, S. 123.)

Noch ist es Zeit. Noch haben die Wähler die Möglichkeit, Schmidt, Wehner und Brandt daran zu hindern, ihren absoluten Machtanspruch durchzusetzen. Aber es ist höchste Zeit, denn nach 11 Jahren SPD-Herrschaft sind schon viele Weichen falsch gestellt.

Was uns von der Verwirklichung des SPD-Staates noch trennt, ist viel weniger, als manche glauben:

- Schon heute nimmt uns die SPD-Regierung von jeder verdienten Mark die Hälfte ab.
- Schon heute macht die SPD-Regierung täglich 75 Millionen Mark Schulden.
- Schon heute hat die SPD-Regierung die Inflation auf 6 Prozent und mehr getrieben.
- Schon heute zeigt sich, daß die SPD-Regierung uns in eine Energie-Krise führt.
- Schon heute speist die SPD-Regierung die Rentner mit 4 Prozent Zuschlag ab, und das bei 6 Prozent Inflation.
- Schon heute ist die Bundesrepublik Deutschland bei der Familienförderung das Schlußlicht in Europa.
- Schon heute machen SPD-Mitglieder gemeinsame Sache mit Kommunisten und Chaoten wie bei den Krawallen gegen die Bundeswehr in Bremen.
- Schon heute vernachlässigt die SPD das westliche Bündnis.

Doch damit nicht genug; denn Wehner, Brandt und Schmidt wollen noch mehr:

- Sie reden von Sorge für die Arbeitnehmer, aber sie wollen die Steuerschraube weiter anziehen. (Z. B. Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Mineralölsteuer 1981.)
- Sie reden von Stabilität, aber sie wollen den Staat weiter verschulden; eine Währungsreform wird nicht ausgeschlossen.
- Sie reden von Bildungschancen, aber sie wollen noch mehr Massenschulen bauen.
- Sie reden von Sicherheit im Alter, aber am Ende stünde eine niedrige Einheitsrente.
- Sie reden von Entspannung, aber sie würden das westliche Bündnis schwächen und uns dadurch dem Einfluß Moskaus preisgeben.

Dies alles ist reale Gefahr. Der Alptraum SPD-Staat kommt schon gefährlich näher. Wer ihn verhindern will, kann dies am 5. Oktober mit seiner Stimme für die CDU bewirken.

Nur die Union kann den Marsch in den SPD-Staat stoppen. Die FDP ist für die Sozialisten keine Hürde mehr: Die vormaligen Liberalen sind im Blockbündnis zu Filialdemokraten der SPD geworden.

Nur die CDU/CSU kann zielstrebig und illusionsfrei in Angriff nehmen, was getan werden muß, um den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern, die finanzielle Stabilität wiederzugewinnen und ein ausreichendes Wirtschaftswachstum zu sichern.

Deshalb heißt es am 5. Oktober 1980:

DEN SOZIALISMUS STOPPEN —

DEN SPD-STAAAT STOPPEN!

FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT

SPD-Staat: Mehr illusionäre Entspannungspolitik – weniger Sicherheit

Der Friede ist unter der SPD-Regierung unsicherer geworden. Die SPD hat zu wenig danach gefragt, was unsere Sicherheit erfordert, und zu viel, was der Sowjetunion gefällt. Sie hat den Grundsatz vernachlässigt, nach dem der Friede nur sicher ist, wenn militärisches Gleichgewicht besteht.

Die Außen- und Sicherheitspolitik der SPD ist gekennzeichnet von einer illusionären Entspannungspolitik mit einseitigen Vorleistungen, von Fehleinschätzungen der Absichten und Ziele sowjetischer Politik und von der fahrlässigen Vernachlässigung der militärischen Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Die Reaktion der SPD auf die aggressive Politik der Sowjetunion zeugt von erschreckender Blindheit. Herbert Wehner am 3. Februar 1979 im Westdeutschen Rundfunk:

„Es gibt zwar eine Philosophie zum Beispiel im Zusammenhang mit dieser Wintex-Übung 1979, als ob von der Sowjetunion her etwas drohe, und ich bestreite das. Das, was sie hat, über das muß man sehr streiten, man muß mit ihr rechnen und rechnen, aber das ist defensiv und nicht Aggression.“

Und auf dem SPD-Parteitag im Dezember 1979 in Berlin konnte der Bremer Senator Scherf, der im Zusammenhang mit den Krawallen anlässlich des öffentlichen Gelöbnisses junger Rekruten traurige Berühmtheit erlangt hat, unter Bezug

auf Schmidt und Wehner dem Warschauer Pakt einen defensiven Charakter bescheinigen:

„Ich bin mit Helmut Schmidt der festen Überzeugung, daß es keine Aggressionsbereitschaft der Warschauer-Pakt-Staaten und der Sowjetunion gibt und daß es irreführend ist zu sagen, wir stünden unmittelbar vor dem Krieg oder vor einer Kriegsgefahr . . . Im übrigen kann einerseits festgestellt werden, daß die da drüben defensiv organisiert sind. Herbert Wehner hat recht gehabt, als er das im Frühjahr festgestellt hat.“ (Unkorrigiertes Protokoll, 5. Dezember 1979, S. 44.)

Schmidt, Wehner, Scherf und die Jungsozialisten sind alle einer Meinung: *„Die Westeuropapolitik der Sowjetunion ist nicht aggressiv.“* (Beschluß des Bundesausschusses der Jungsozialisten zur „Weiterführung der Entspannungspolitik“ vom 20. November 1979.)

Die SPD redet nicht nur so, sie handelt auch entsprechend. Im Frühjahr 1978 hat Schmidt zugesagt, den deutschen Verteidigungshaushalt um real 3 Prozent zu erhöhen. Aber erst nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan und auf Drängen der USA hat die Bundesregierung den Verteidigungsetat ein wenig nachgebessert.

Eine echte Kampfkraftstärkung wird damit freilich nicht erreicht. Je ein Drittel dieser zusätzlichen Mittel wird für gestiegene Treibstoffausgaben, für die Aufstockung der unter dem Bedarf liegenden Munitionsbestände und für die Unterstützung des NATO-Partners Türkei verwandt.

Fehleinschätzung der Absichten und Ziele sowjetischer Politik und die Vernachlässigung der militärischen Verteidigungsbereitschaft des Westens sind die unmittelbaren Folgen der leichtgläubigen Entspannungspolitik der SPD, die sich zudem anschickt, von unseren amerikanischen Verbündeten und der NATO, die allein die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gewährleisten können, abzurücken.

Während 71 % der deutschen Bevölkerung der Meinung sind: *„Die Entspannungspolitik mit dem Osten ist zwar wichtig, dennoch ist dem guten Verhältnis zu den USA und den NATO-Staaten der Vorzug zu geben“*, versucht die SPD, antiamerikanische Stimmung zu schüren.

Brandt: *„Aber Solidarität kann ja nicht bedeuten, daß man immer nur das nachsagt, was die Vereinigten Staaten vorsagen.“* (Süddeutscher Rundfunk, 3. Februar 1980, zitiert nach Kommentarübersicht des Bundespresseamtes.)

Bahr: *„Wissen Sie, der Zug der Lemminge ist kein Vorbild oder kein Beispiel für die Solidarität, . . .“* (ZDF-„heute-journal“, 25. Januar 1980, zitiert nach Kommentarübersicht des Bundespresseamtes.)

Schröder (damals Juso-Vorsitzender):

„Die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan wird von einflußreichen Kräften in den USA und von der CDU/CSU in der Bundesrepublik dazu benutzt, eine Abkehr von der Entspannungspolitik zu fordern.

... Die Bundesrepublik kann ihre Außenpolitik nicht an der Wahlkampf-führung des amerikanischen Präsidenten ausrichten.“ (Interview mit ppp, Nr. 7, 10. Januar 1980.)

Noch gefährlicher sind Schmidts Rückzugsgefechte beim NATO-Nachrüstungsbeschluß. Er hat angeregt, auf die dringend erforderliche Aufstellung neuer und weiterer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa für eine unbestimmte Anzahl von Jahren zu verzichten und in dieser Zeit mit der Sowjetunion zu verhandeln. Eine Zementierung des sowjetischen Rüstungsvorsprungs wäre die Folge.

Die angesehenere amerikanische Zeitschrift „Business Week“ urteilt wie folgt:

„Helmut Schmidts Aktivitäten schneiden tief ins Wurzelwerk der Einbindung seines Landes an den Westen.“ (Zitiert nach „Die Welt“, 30. Mai 1980.)

FAZIT

Die illusionäre Entspannungspolitik der SPD hat den Frieden unsicherer gemacht. Eine solche Politik führt langfristig dahin, daß Frieden und Freiheit unseres Landes und seiner Bürger in die Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten.

Die sicherheitspolitische Diskussion in der SPD zeigt immer deutlicher, daß der Abstand der SPD zu den USA und zum atlantischen Bündnis größer wird, während gleichzeitig eine Annäherung an Forderungen der Sowjetunion wächst. Immer unverhüllt schwenkt die SPD auf einen gefährlichen Neutralitätskurs ein.

Die meinungsbestimmende Mehrheit in der SPD hält Entspannung für teilbar, verneint den aggressiven Charakter der sowjetischen Rüstung, befürwortet einseitige Vorleistungen des Westens, verweigert der westlichen Führungsmacht USA die notwendige Solidarität und schürt damit Zweifel an der Verlässlichkeit deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.

SPD-Staat: Bürokratische Planwirtschaft statt Soziale Marktwirtschaft

Im Orientierungsrahmen '85 von 1975 hat die SPD das Ziel ihrer Wirtschaftspolitik klar formuliert:

„In der Bundesrepublik Deutschland kämpft die Sozialdemokratische Partei in Bund, Ländern und Gemeinden vor allem darum: ...

— wegen der politischen Bedeutung wirtschaftlicher Macht die Verfügungsgewalt in der Wirtschaft demokratisch legitimierter öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen; ...“ (Orientierungsrahmen '85, Ziffer 1.11.)

Die SPD will Markt und Wettbewerb durch öffentliche Planung und Lenkung ersetzen. Bisher unabhängig von staatlichen Kontrollen ablaufende Wirtschaftsprozesse sollen politisch steuerbar werden. Dezentrale Entscheidungsstrukturen sollen zusammengefaßt oder mindestens genormt werden. Am Ende würden sich alle wirtschaftlichen Abläufe nur noch in einem, von einer Superbehörde ausgesteckten Planquadrat bewegen. Folgerichtig fordert die SPD umfassende staatliche Lenkungsinstrumente.

Zum Beispiel:

„Besonders wichtig ... ist ein differenzierter Überblick über die geplanten gesamtwirtschaftlichen Investitionen. ... Aus diesem Grunde ist die Einführung einer Meldepflicht für geplante gewerbliche und öffentliche Investitionen von einer bestimmten Größenordnung an zu befürworten.

... Im Rahmen einer so verstandenen zielorientierten Wirtschaftspolitik werden den einzelwirtschaftlichen Entscheidungen Daten gesetzt durch Steuern, Anreize, Bereitstellung oder Verweigerung öffentlicher Leistungen, wobei diese Datensetzung den einzelwirtschaftlichen Entscheidungsspielraum u. U. erheblich einengen kann (etwa Investitionsverbote in Form von Ansiedlungsverboten, Produktionsverboten, Umweltschutzauflagen, Qualitätsnormen usw.).“ (Orientierungsrahmen '85, Ziffer 2.6.5.)

Diese Aussagen belegen das Unverständnis der SPD für die freiheitliche Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Bewußt wird der Hebel zur Systemüberwindung in der Wirtschaftspolitik angesetzt. Planung und Lenkung sollen Markt und Wettbewerb ersetzen. Die Soziale Marktwirtschaft wird langsam ausgetrocknet.

Dieser Wegweiser in den SPD-Staat wurde auf den letzten SPD-Parteitag detailliert fortgeschrieben.

SPD-Parteitag, Hamburg, 1977:

„Die Diskussion um die Investitionslenkung wird im Orientierungsrahmen '85 nicht abgeschlossen, sondern ihre Konkretisierung ausdrücklich gefordert. Hierzu gehört eine Überprüfung der Steuerungsmöglichkeiten zur Orientierung und Bindung öffentlicher und privater Investitionsentscheidungen an gesamtwirtschaftliche und soziale Ziele. Die SPD muß diese Diskussion im Sinne des Orientierungsrahmens offensiv vorantreiben.“ (SPD-Parteitag, Hamburg 1977, Beschlüsse zur Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Finanzpolitik.)

SPD-Parteitag, Berlin, 1979:

„Strukturräte, die auf Bundes- und Landesebene einzurichten sind, sind als Beratungsgremien der Gewerkschaften, Unternehmensverbände und der öffentlichen Hände an der Strukturpolitik zu beteiligen.“ (Antrag Nr. 708 des Parteivorstandes in der Fassung der Antragskommission.)

„Investitionshilfen sollten mit Auflagen zur Schaffung und Erhaltung von Dauerarbeitsplätzen gekoppelt werden. Unternehmer, die finanzielle Hilfen vom Staat haben wollen, müssen ihr Konzept für die zukünftige Entwicklung ihres Betriebes offenlegen.“ (Antrag Nr. 708 des Parteivorstandes in der Fassung der Antragskommission.)

Die Forderungen nach Investitionslenkung und -kontrolle tauchen auch im Wahlprogramm 1980 der SPD unter sanft wehenden Wortschleiern auf: Eine „aktive vorausschauende Wirtschafts- und Strukturpolitik“ soll dafür sorgen, daß „stärker als bisher gesellschaftliche Notwendigkeiten“ berücksichtigt werden. Dies bedeutet nichts anderes als eine erneute Kampfansage an die Soziale Marktwirtschaft.

- **Meldepflicht für Investitionen;**
- **regelmäßige Strukturberichterstattung als umfassendes Prognoseinstrument;**
- **zentrale Strukturräte, denen die Lenkungsaufgaben des Marktes übertragen werden sollen.**

Diese Vorliebe der SPD für kollektivistische Lösungen, wann immer wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme auftauchen, führt Schritt für Schritt in ein sozialistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

Das ist der SPD-Staat: Staatliche Planung und Lenkung statt Markt und Wettbewerb.

FAZIT: Systemveränderung hat einen bitteren Preis

Inflation

1969 war das letzte „stabile Jahr“ mit 1,9 Prozent Preisanstieg. Seither mußten die Bundesbürger Jahr für Jahr im Schnitt 4,9 Prozent mehr für die Lebenshaltung aufwenden. 1980 gibt es wieder Preissteigerungen von 6 Prozent.

Unter SPD-Regierungen wurde der Einkommenszuwachs von den wuchernden Steuern und Sozialabgaben glatt überrundet: von 1970 bis 1978 stiegen die Löhne und Gehälter um 107 Prozent, die Steuern und Sozialabgaben um 166 Prozent.

Von jeder zusätzlich verdienten Mark muß ein Großteil der Arbeitnehmer heute

die Hälfte an Lohnsteuer und Sozialabgaben abführen. 1971 waren es nur 30 Pfennig.

Gewinner ist der Staat. Vor allem die Lohnsteuer ist explosionsartig gestiegen. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich das Lohnsteueraufkommen vervierfacht. Längst fällige Steuerentlastungen werden dem Bürger vorenthalten. Die SPD ist nur zu einer völlig unzureichenden Rückerstattung der heimlichen Steuererhöhungen bereit. Und selbst dazu muß sie noch von der CDU gezwungen werden.

Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit ist unter der SPD-Regierung zum Dauerproblem der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik geworden. Eine investitionsfeindliche Politik hat zu einer schwerwiegenden Investitionslücke geführt, mit dem Ergebnis, daß seit 1972 die Zahl der Arbeitsplätze um weit mehr als eine Million abgenommen hat. Die Lage am Arbeitsmarkt ist seit vielen Jahren von einer Arbeitslosenzahl von rund einer Million auf der einen Seite und vom Fehlen vieler Hunderttausender qualifizierter Arbeitskräfte auf der anderen Seite gekennzeichnet. Das ist zum Hauptproblem der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik geworden.

Energiemangel

Schmidts SPD-Regierung hat einen energiepolitischen Stillstand verschuldet. Sie war unfähig, eine verantwortungsbewußte Entscheidung für die Kernenergie zu treffen.

Durch opportunistische Anpassung an die willkürlichen Zuckungen der Parteilinie hat Bundeskanzler Helmut Schmidt einen Zickzackkurs in der Energiepolitik gesteuert, durch den zeitweilig Investitionen in Höhe von rund 35 Mrd. DM blockiert waren. Der daraus unserer Gesellschaft erwachsene wirtschaftliche und soziale Schaden ist kaum zu überschätzen.

Konkurse

Die Politik der SPD bedroht die Existenz der mittelständischen Wirtschaft und damit ein Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Als Folge einer enormen Ausweitung der Staatsquote, einer Flut von Gesetzen und Verordnungen, einer einseitigen Forschungsförderung durch öffentliche Auftragsvergabe nimmt die Konzentration in der Wirtschaft zu. Seit 1969 mußten weit über 50 000 mittelständische Unternehmen aufgeben. Damit verbunden war ein hoher Verlust an Arbeitsplätzen. Der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft hält unverändert an. Die Großen werden immer größer. Der Anteil der 100 Größten am Umsatz der Gesamtwirtschaft betrug 1972 noch 21,7 Prozent, 1976 aber schon 24,4 Prozent.

Staatsverschuldung

Seit Jahren steigt der Staatsanteil schneller als je zuvor in Friedenszeiten. Die Steuer- und Abgabenlast der Bürger hat Rekordhöhen erreicht. Fast die Hälfte jeder in unserer Volkswirtschaft verdienten Mark wandert in öffentliche Kassen.

Die Mehrarbeit der Bürger wird durch den Zugriff der Steuer bestraft. Dennoch ist der Staat überschuldet. Die Schulden des Bundes sind höher als sein Haushalt. Die neuen Kredite reichen kaum noch aus, Zinsen und Tilgung für die alten zu zahlen.

Die Schulden des Bundes betragen heute rund 230 Milliarden Mark. Die Last dieser Schulden wird die junge Generation zu tragen haben.

SPD-Staat: Der Marsch in die Einheitsrente

Die SPD stand von Anfang an dem von der CDU/CSU durchgesetzten System einer leistungsbezogenen, dynamischen Alterssicherung (Rentenreform 1957) ablehnend gegenüber. Das alte sozialistische Ziel einer gleichmacherischen Einheitsrente hat sie nicht aus dem Auge verloren.

1956

Im SPD-Gesetzentwurf zur Rentenreform 1956 ist bereits im Ansatz die Mindestrente enthalten.

1975

Im Herbst 1975 wurden unter dem damaligen SPD-Minister Arendt Pläne für eine einschneidende Rentennivellierung (Sockelbeitragsrente) entwickelt. Dabei wurde generell vom Grundsatz der Kostenneutralität ausgegangen. Das bedeutet nichts anderes, als daß die höheren Renten um die Beträge gekürzt werden, um die die anderen Renten aufgebessert werden.

1978

21. Rentenanpassungsgesetz: Nächster Schritt auf dem Weg zur Einheitsrente. Im 21. Rentenanpassungsgesetz wurde die Bruttolohnanpassung der Rente für drei Jahre ausgesetzt. Damit wurden die Leistungsbezogenheit der bruttolohnbezogenen, dynamischen Rente ausgehöhlt und alle Renten um rund 10 Prozent gekürzt. Weitere Manipulationen in Richtung Einheitsrente werden dadurch erleichtert.

1980

Programm zur Rentenreform 1984. Mit diesem Plan versucht die SPD, durch die Einführung der Mindestrente und der Maschinensteuer dem alten sozialistischen

Ziel der Einheitsrente und der Rentennivellierung näherzukommen. Der Zusammenhang von Beitrag und Leistung wird Schritt für Schritt aufgelöst. Die Einführung einer allgemeinen Mindestrente bedeutet das massive Eindringen von Fürsorgeprinzipien in das Versicherungssystem der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Mindestrente ist zudem nur durch eine deutliche Erhöhung des Beitragssatzes oder eine einschneidende Rentennivellierung zu finanzieren.

Durch die Maschinensteuer soll der Arbeitgeberbeitrag nicht mehr auf den Lohn, sondern auf den wirtschaftlichen Ertrag des Kapitals bezogen werden. Damit wird der personale Beitrag als Grundlage für die persönlich erworbene Rente abgelöst durch einen anonymen Beitrag. Die leistungsbezogene Rente wird zusätzlich untergraben.

1980

Der SPD-Parteitag 1980 hat die Forderung nach der Einführung der Mindestrente nachdrücklich bestätigt. Im Wahlprogramm der SPD heißt es nun: „Mit der Einführung der bedarfsorientierten Mindestrente machen wir einen weiteren Schritt hin zur Erfüllung des Godesberger Programms.“

FAZIT

Eine Verwirklichung dieser Pläne bedeutet die Ausweitung des sozialistischen Versorgungsstaates. Ein Schritt mehr in den SPD-Staat.

Nach diesen Plänen ginge der Zusammenhang von Rente und Beitragsleistung verloren. Das bewährte System der bruttolohnbezogenen, dynamischen Rente würde preisgegeben.

Der Unterschied zwischen Sozialhilfe und selbsterworbenem Rentenanspruch wird abgebaut. Dies alles läuft letztendlich auf ein sozialistisches Versorgungsmodell hinaus. Im SPD-Staat würden zwar unterschiedlich hohe Sozialabgaben erhoben, jedoch gleich niedrige Renten verteilt.

SPD-Staat: Verstaatlichung des Gesundheitswesens

Die SPD propagiert eine „Reform“ des Gesundheitswesens, bei der die *„Teilbereiche des Gesundheitswesens zu einem integrierten System der medizinischen Versorgung zusammengefaßt“* werden (z.B. Orientierungsrahmen '85, 4.4.7). Dahinter verbirgt sich die Verstaatlichung des Gesundheitswesens:

„Die ärztliche Betreuung der Bevölkerung in ambulanter und stationärer Form erfolgt als öffentliche Aufgabe durch ein staatliches Gesundheitswesen.“ (Arbeits-

gemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD, Bundeskonferenz, Duisburg, 1973.)

„Die Forderung nach körperlichem, seelischem und sozialem Wohlbefinden als existentielltem Grundrecht eines jeden Menschen darf nicht länger vorherrschenden Kapitalinteressen und dem Dünkel von ständischen Ärzte- und Apothekerorganisationen zum Opfer fallen . . . dies kann nur ein vergesellschaftetes und integriertes System medizinischer und sozialer Gesundheitsvorsorge leisten.“ (Juso-Bundeskongreß, Wiesbaden, 1975.)

„Langfristig muß ein staatliches Gesundheitssystem angestrebt werden.“ (SPD-Wahlprogramm Schleswig-Holstein, 1975.)

Staatliches Gesundheitswesen, das heißt nach dem Willen der SPD:

Auflösung privater Krankenhäuser

„Im integrierten System der medizinischen Versorgung sind private Krankenhäuser und Praxiskliniken nicht notwendig.“ (Beschluß zur Gesundheitspolitik der SPD, 1977.)

Einführung einer Einheitskrankenversicherung

Wie auch in der Rentenversicherung soll das System der gegliederten Krankenversicherung langfristig durch eine Einheitskrankenversicherung ersetzt werden. Dieses Ziel wird durch eine Vereinheitlichung des Leistungs-, Beitrags-, Mitgliedschafts- und Vertragsrechtes angestrebt:

„Die Krankenkassen sind zu vereinheitlichen. Die Jusos fordern die Einführung einer einheitlichen Gesundheitsversicherung für alle.“ (Juso-Bundeskongreß, 1976.)

„Eine leistungsstarke und versichertennahe Krankenversicherung muß durch ein einheitliches Mitgliedschafts-, Leistungs-, Beitrags- und Vertragsrecht geschaffen werden.“ (Antrag Nr. 907, SPD-Parteitag, Berlin 1979.)

„... unter dem Gesichtspunkt der Solidargemeinschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung“ sind „die überholten Versicherungspflichtgrenzen und Beitragsbemessungsgrenzen im Zusammenhang mit einem Finanzausgleich unter den Krankenkassen kurzfristig deutlich anzuheben und langfristig aufzuheben“. (Antrag Nr. 561, SPD-Parteitag, Essen, 1980.)

Eingriff in die Arzneimittelversorgung mit dem Ziel der Verstaatlichung der Pharmaindustrie

„Die Vergesellschaftung der konzentrierten pharmazeutischen Industrie ist erforderlich.“ (Juso-Bundeskongreß, 1976.)

„Der Arzneimittelmarkt weist gegenüber anderen Märkten Besonderheiten auf ... Marktmechanismen können in einem solchen System nicht genügend regulierend wirken.“ (Beschluß zur Gesundheitspolitik der SPD, 1977.)

FAZIT

Die Forderungen nach Einführung der Einheitskrankenversicherung und nach einer Sozialisierung des Gesundheitswesens sind im Wahlprogramm 1980 der SPD enthalten.

Selbst die medizinische Versorgung dient der SPD noch als Vehikel der Systemveränderung. Wo immer Eigenverantwortung und Selbständigkeit gefragt und gewünscht sind, schnürt die SPD Freiheit durch Reglementierung und Verstaatlichung ein.

SPD-Staat: Der Griff des Staates nach der Familie

Die Erziehung der Kinder, nach unserem Grundgesetz „das natürliche Recht der Eltern und die ihnen obliegende Pflicht“, wird unter einer SPD-Regierung zur eigentlichen Aufgabe des Staates.

Im zweiten Familienbericht der Bundesregierung heißt es 1975:

„Erziehung der Kinder ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe besonderer Art und Bedeutung. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe überträgt unsere Gesellschaft familiären, außerfamiliären und pädagogischen Einrichtungen.“

Und der SPD-Gesetzentwurf zur Neufassung des Rechts der elterlichen Sorge von November 1973 bezeichnet das Kind als „Objekt elterlicher Fremdbestimmung“. (Bulletin der Bundesregierung, Nr. 144, 10. November 1973.)

So zieht der Staat das nach unserem Grundgesetz gesicherte Elternrecht auf Erziehung an sich, um es widerruflich an die Familien zu delegieren.

Zehn Jahre SPD-Regierungsverantwortung sind gekennzeichnet durch eine Zangenbewegung gegen die Familie. Die Aufgaben und Rechte der Familien sind immer weiter ausgehöhlt, die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten dagegen ausgeweitet worden.

Die materielle Basis der Familie wurde entscheidend geschwächt. In den Jahren seit 1969 ist der Familienleistungsausgleich immer weniger in der Lage gewesen, einen wirksamen Ausgleich für die finanzielle Belastung durch Kinder zu schaffen. Die Tatsache, daß Kinderreichtum in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend zu einem Kennzeichen von Armut geworden ist, wurde von den Sachverständigen im dritten Familienbericht der Bundesregierung 1979 bestätigt:

„Kinder zu haben, bedeutet — gemessen an dem zu ihrer Versorgung verfügbaren Einkommen — einen nicht unerheblichen Verzicht der Familien auf materiellen Wohlstand. Besonders betroffen sind die Arbeiterfamilien, da sich bei ihnen mit zunehmender Kinderzahl das Einkommensniveau dem Existenzminimum nähert.“

Familienzerstörende Tendenzen werden aber nicht allein in der materiellen Benachteiligung sichtbar, sondern auch in den Gesetzesinitiativen von SPD und Bundesregierung. Von der Ehescheidungs-„Reform“ über das elterliche Sorgerecht bis hin zum neuen Jugendhilferecht zeigt sich ein grundsätzliches Mißtrauen gegenüber der Funktionsfähigkeit der Familie und ein daraus abgeleitetes Recht des Staates, in die Belange der Familien einzugreifen.

„Familienergänzende Erziehung muß durch ein differenziertes, öffentliches Angebot, wie Tageseinrichtungen für Kleinstkinder, Kindergarten, Kindertagesstätten und Ganztagschulen, sichergestellt werden.“ (Orientierungsrahmen '85, Ziffer 4.6.3.)

Die Eingriffsmöglichkeiten des Staates zur Reglementierung des Umgangs von Eltern und Kindern werden erweitert. Den Eltern werden gesetzliche Leitbilder und bestimmte Erziehungsstile vorgeschrieben; den Kindern werden Rechtspositionen gegen ihre Eltern eingeräumt, die lediglich dazu geeignet sind, Konflikte in die Familie hineinzutragen:

„Nach Auffassung von Sozialdemokraten ist es daher erforderlich, altersgemäße Rechte für Kinder und Jugendliche zu etablieren, die vor allem im Konfliktfall mit den Eltern an Bedeutung gewinnen. Jugendliche müssen z. B. das Recht haben, sich an das Vormundschaftsgericht zu wenden, um Entscheidungen ihrer Eltern ... überprüfen zu lassen.“ (Jugendpolitische Leitsätze der SPD, November 1979.)

So schmälert denn auch der Gesetzentwurf für ein neues Jugendhilferecht — von SPD und FDP gegen die Stimmen der CDU/CSU im Mai 1980 im Bundestag beschlossen, vom Bundesrat noch einmal gestoppt — in gravierender Weise das Elternrecht. Wenn nach diesem Gesetz die SPD 13 000 Sozialberater auf Familien und Jugendliche loslassen will, um Konflikte zu lösen, dann ist leicht abzusehen, wie solche Beratung wohl aussehen würde: Da marschieren künftig unzufriedene Jugendliche zum Jugendamt und sagen dem 23jährigen Sozialarbeiter, der zwar selbst keine Kinder, aber dafür das Problem studiert hat, er solle sie doch bitte aufklären, welche Rechte sie in der Familie haben. Da soll mit den Mitteln der Jugendhilfe in Zukunft die Fähigkeit der Familie angeblich „gestärkt“ werden.

Zu diesem Zweck will die SPD ständige Eingriffsmöglichkeiten des Staates in den Bereich der Familie schaffen. Zwar ist die Inanspruchnahme dieser Hilfen, etwa der Angebote zur Familienberatung und -bildung, freiwillig, die Sozialisten haben es aber schon immer verstanden, sogenannte freiwillige Angebote in gesellschaftliche Zwänge umzuwandeln.

FAZIT

Die Familie soll nach dem Willen der SPD offensichtlich das Objekt ständiger Beratung, Bildung und Therapie werden. Nur unter der Voraussetzung, daß sich die Familie dieser ständigen „Beratung und Behandlung“ unterzieht, gilt sie noch als geeignet, ihrerseits Ort der Erziehung der Kinder zu sein.

Der SPD-Gesetzentwurf zum Jugendhilferecht leistet der Vergesellschaftung der Erziehung Vorschub. Er bahnt den Weg in den SPD-Staat.

SPD-Staat: Das ist Bedrohung aller Institutionen und Gemeinschaften, die sich dem Sozialismus widersetzen, in erster Linie der Familie.

SPD-Staat: Diskriminierung der Frauen

Nach dem Verständnis der SPD setzt die volle Gleichberechtigung der Frau erst dann ein, wenn sie Arbeitnehmerin geworden ist. Denn offenbar nur die Erwerbstätigkeit „gibt der Frau materielle Unabhängigkeit, soziale Kontakte, Selbstbestätigung, mehr Anerkennung — auch in der Familie — und trägt so wesentlich dazu bei, Diskriminierungen aufzuheben und Gleichberechtigung zu verwirklichen“.

(Orientierungsrahmen '85, Ziffer 4.6.3.)

Die Politik der SPD-Regierung ist einseitig auf die erwerbstätige Frau ausgerichtet. Dadurch werden alle nicht erwerbstätigen Hausfrauen und Mütter, aber auch Selbständige und im Familienbetrieb mithelfende Frauen diskriminiert. Schmidts SPD-Regierung gibt das Mutterschaftsurlaubsgeld nur erwerbstätigen Frauen. Das Resultat: zwei Klassen von Müttern.

Immer noch besitzen Frauen, soweit sie nicht erwerbstätig sind, keinen eigenen Anspruch auf soziale Sicherung bei Unfall, Invalidität und im Alter. Die Bundesregierung mußte 1975 erst durch das Bundesverfassungsgericht dazu gezwungen werden, eine Reform der sozialen Sicherung einzuleiten, die Mann und Frau gleichstellt.

Das vom Wahlparteitag der SPD verabschiedete Rentenkonzept sieht die Anerkennung eines einzigen Erziehungsjahres bei der Rentenberechnung für die Mutter vor. Dies ist eine Beerdigung dritter Klasse der Gleichberechtigung der Frauen, die sich für die Aufgabe in der Familie entschieden haben.

Zur ideologisch motivierten Ungerechtigkeit gegenüber Frauen, die in der Familie tätig sind und sein wollen, tritt zusätzlich die Unfähigkeit, die wirklichen Probleme der erwerbstätigen Frauen zu lösen. Während Frauen nur ein Drittel der Erwerbstätigen stellen, liegt ihr Anteil bei den Arbeitslosen über 50 %. Viele stecken in hoffnungsloser Dauerarbeitslosigkeit. Viele resignieren auch und verzichten darauf, sich arbeitslos zu melden.

FAZIT

Die Politik der SPD drängt den Frauen neue einseitige Leitbilder auf, tauscht alte Zwänge gegen neue ein und schafft keine echte Wahlfreiheit für die Frauen.

Die SPD beschreitet mit dieser Politik einen Weg, an dessen Ende die gesellschaftliche Fremdbestimmung der Frau steht.

SPD-Staat: Der Griff des Staates nach der Jugend

Bildungspolitik bedeutet für die Sozialisten eine wichtige Etappe auf dem Weg in den SPD-Staat. Sie wollen die jungen Menschen umerziehen.

Sie ermutigen zum Konflikt zwischen Eltern und Kindern; sie verschärfen künstlich Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern; ihre Politik weckt bei vielen Jugendlichen Mißtrauen gegenüber dem Staat. Die SPD erzieht zum Widerspruch gegen alles, nur nicht gegen die eigene sozialistische Ideologie. Golo Mann hat die Hessischen Rahmenrichtlinien damals so charakterisiert: „Hier wird ein Raub an der Jugend geplant; unbewußt, eine neue Art, sie zu beherrschen.“

Daß diese gesellschaftsverändernden Zielsetzungen in der bildungspolitischen Diskussion der SPD tatsächlich immer noch eine dominierende Rolle spielen, ja daß die SPD ihre Reformvorstellungen verabsolutiert und abweichende Bildungsziele als undemokratisch und unfreiheitlich disqualifiziert, das zeigen folgende Beispiele aus der jüngsten Zeit:

„Erst die Verwirklichung unseres sozialdemokratischen Bildungskonzepts garantiert mehr Chancengleichheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität und mehr Freiheit.“ (Dieter Sauberzweig, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Bildungswesen, SPD-Pressedienst Nr. 52, 14. Februar 1980.)

„Auch für die Weiterbildung sind die Grundwerte des demokratischen Sozialismus verpflichtender Maßstab . . . Weiterbildung hat eine gesellschaftliche Funktion und dient nicht nur den individuellen Interessen des einzelnen.“ (Sozialdemokratische Grundsätze zur Weiterbildung, hrsg. vom SPD-Vorstand, Mai 1977, S. 6/9.)

Die wichtigste Forderung gesellschaftsverändernder Bildungsideologien ist und bleibt die Durchsetzung der integrierten Gesamtschule.

Immer noch wird nämlich die integrierte Gesamtschule als Inkarnation sozialdemokratischer Grundwerte in der Bildungspolitik verkündet, während Kritiker und Gegner der Gesamtschule als „Klassenkämpfer“, „Gegner eines demokratischen Bildungswesens“ und „kopfschwache Minderheiten“ verleumdet werden.

„Daher treten die Sozialdemokraten weiterhin für die langfristige Ablösung des dreigliedrigen Schulwesens und die Einführung der integrierten Gesamtschule ein. Aktuelles bildungspolitisches Ziel der SPD bleibt die Schaffung eines flächendeckenden Angebots an integrierten Gesamtschulen.“ („Jugendpolitische Leitsätze der SPD“, vorgelegt von der Kommission Jugendpolitik beim SPD-Parteivorstand, November 1979, hektographiertes Manuskript.)

Die sozialdemokratischen Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität verpflichten die SPD, die Gesamtschule zu realisieren. Indem die CDU/CSU ausschließlich für das dreigliedrige Schulsystem eintritt, zeigt sie das Ausmaß ihrer reaktionären Orientierung; sie will den Anspruch einer Minderheit auf elitäre Bildung gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen, die Bildungswege und Lebensperspektiven für alle offenhalten möchte.“ (Beschluß von Bundesvorstand und Bundesausschuß der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich [AfB], veröffentlicht in SPD-Pressemitteilung Nr. 517, 22. Oktober 1979.)

„... im von der CDU entfesselten Glaubenskrieg um die nordrhein-westfälische kooperative Schule etwa blieb im ideologischen Sperrfeuer der christdemokratischen Klassenkämpfer jedes Sachargument auf der Strecke ... Ihnen war es allein um die funktionsgerechte Ausbildung reibungslos parierender Wirtschaftsuntertanen gegangen. An Bürgern, die sich für mehr Demokratie hätten stark machen können, hatte die Rechte auch diesmal kein Interesse ... Die Gegner eines demokratischen Bildungswesens sind denn auch unschwer als Vertreter massiver Eigeninteressen zu enttarnen.

... Elternverbände ...

... Philologenverbände ...

... Unternehmerverbände ...

... wichtige Kräfte im kirchlichen Raum ...

Als politischer Wortführer dieser ebenso finanzstarken wie kopfschwachen Minderheiten ist allemal die CDU/CSU zur Stelle.“ („Sozialdemokrat Magazin“, Heft 9, September 1978, S. 10 ff.)

FAZIT

Sozialistische Systemveränderer versuchen, Klassenkampf im Klassenzimmer einzuüben. Schulen sollen für sie nicht länger Stätten der Bildung und Erziehung sein, sondern Gelegenheiten, die Schüler „konflikt-theoretisch“ aufzuladen, sie dem Elternhaus zu entfremden, ihnen auf der Grundlage eines verzerrten und verfälschten Geschichtsbildes ein einseitiges politisches Weltbild aufzuzwingen. Denn die Sozialisten wissen: Der Weg zum SPD-Staat führt über die Indoktrination der Jugend.

SPD-Staat: Rechtsstaat in Gefahr

Die SPD hat zum Staat ein zwiespältiges Verhältnis. Von vielen Sozialdemokraten wird der Staat nur dann positiv bewertet, soweit er in den Dienst staatlicher Daseinsvorsorge gestellt werden kann. Hingegen ist der ordnende, die Freiheit und Sicherheit schützende Staat dem latenten Verdacht eines Obrigkeitsstaates ausgesetzt. Die SPD erkennt, daß der Rechtsstaat nicht nur Schutz des einzelnen vor staatlichen Übergriffen fordert, sondern auch Schutz durch den Staat.

Die Mißachtung des ordnenden Staates äußert sich in erster Linie in einer ungerechtfertigten Kritik an der Abwehrfähigkeit des Staates, die zur Erhaltung der inneren Sicherheit und des Friedens notwendig ist.

So kritisierte der Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, daß sich unter dem „Deckmantel der Verteidigung der Demokratie der Überwachungsstaat immer mehr ausbreitet“. (Zitiert nach: „Die Welt“, 27. Juli 1978.)

Auf die CDU/CSU-Forderung nach wirksamen Gesetzen zur Verteidigung des inneren Friedens und der inneren Freiheit gegen Terroristen schrieb der Obmann für innere Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion, Heinz Pensky, am 21. Juli 1977 unter der böartigen Überschrift „Den Weg in den Polizeistaat vermeiden“ im SPD-Pressedienst:

„Auch um von sich selbst abzulenken, haben vor allem Vertreter der von CDU und CSU geführten Länder immer wieder den Bund aufgefordert, harte Gesetze mit entsprechenden Einschränkungen der Bürger- und Freiheitsrechte zu erlassen. Wäre der Bund diesen Vorschlägen gefolgt, hätte das den mehr oder weniger direkten Marsch in den Polizeistaat bedeutet . . .“

Der Polizeistaatsvorwurf wird ergänzt durch eine permanente Verunsicherung der Polizei. Der einzelne Beamte fühlt sich von den Politikern im Stich gelassen.

In einem Flugblatt der Gewerkschaft der Polizei an den Bremer Senat heißt es nach den blutigen Krawallen anläßlich einer Demonstration am 6. Mai 1980 gegen das öffentliche Gelöbnis von Wehrpflichtigen:

„Die Gewerkschaft der Polizei fordert alle politisch Verantwortlichen auf: Machen Sie Schluß mit Lippenbekenntnissen und bekennen Sie sich aktiv zur inneren Sicherheit zum Wohl der friedlichen Bürger unserer Stadt, indem Sie die Polizei unterstützen!“

Durch ihr Mißtrauen gegenüber dem ordnenden Staat baut die SPD Rechtsmittel ab oder verweigert die Schaffung von Rechtsmitteln, die notwendig sind, um den inneren Frieden zu erhalten. Beispiele dafür sind die politische Auseinandersetzung um das Demonstrationsstrafrecht und die Antiterrorgesetzgebung.

Durch eine Änderung des Strafrechts hat die SPD/FDP-Bundesregierung schon 1970 Gesetzesänderungen durchgesetzt, die eine Verfolgung und Bestrafung von Gewaltanwendungen bei Demonstrationen erheblich einschränken. Blutige Krawalle wie zuletzt in Bremen gegen das öffentliche Gelöbnis der Rekruten haben gezeigt, wie leicht es Gewalttätern fällt, eine Demonstration als schützendes Umfeld ihrer Verbrechen zu nutzen.

Angesichts der fortbestehenden Bedrohung durch Extremismus und Terrorismus ist es geradezu absurd, daß die SPD auf ihrem Berliner Bundesparteitag 1979 eine Überprüfung und teilweise Aufhebung der wenigen von der SPD/FDP-Koalition verabschiedeten Antiterrorgesetze gefordert hat, u. a. Aufhebung der verfassungsfeindlichen Befürwortung von Straftaten (§ 88 a Strafgesetzbuch) und Überprüfung des Kontaktsperregesetzes.

Der Ruf nach der Solidarität der Sozialisten verdrängt in der SPD immer mehr den Ruf nach der Solidarität der Demokraten. Trotz Abgrenzungsbeschlüssen paktieren SPD-Mitglieder immer wieder mit Kommunisten. Die Solidarität der Sozialisten ist ihnen wichtiger als die Solidarität der Demokraten. Dabei berufen sie sich auf das Godesberger Programm. Darin heißt es, daß Demokratie durch den Sozialismus erfüllt werde.

Eine Volksfrontpolitik betreiben auch die Jungsozialisten mit ihren Hochschulgruppen. Während eine Zusammenarbeit mit dem größten deutschen Studentenverband, dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), abgelehnt wird, verhelfen sie zumeist den antidemokratischen, kommunistischen und linksextremistischen Gruppen zur Mehrheit.

Daß sich solche Volksfrontpraktiken auch auf die Sicherheit aller Bürger auswirken können, zeigt sich an den Krawallen bei dem Gelöbnis von Bundeswehrrekruten in Bremen, wo Teile der SPD mit Kommunisten und Chaoten gemeinsame Sache machten, nachdem man zuvor bereits der DKP bescheinigt hatte, daß ihre Verfassungstreue außer Zweifel stehe:

„Daß die DKP und ihre Jugendorganisationen sich mit ihrer Politik auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen, bezweifeln die Jungsozialisten nicht.“ (Jungsozialisten-Informationsdienst, hrsg. vom Juso-Bundesvorstand, Nr. 1/Februar 1980, S. 4.)

Daneben unternahm die SPD/FDP-Bundesregierung immer wieder den Versuch, die Belastbarkeit unserer Verfassung zu erproben und deren Tragfähigkeit auszuloten. Sie läßt es in Politik und Gesetzgebung hartnäckig darauf ankommen, ob die Verfassungsgerichte angerufen werden und ob diese das jeweilige Gesetz aufheben oder lediglich über den Weg verfassungskonformer Auslegung die Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz feststellen.

Folgende Beispiele von Verfassungsgerichtsurteilen belegen das:

- Am 31. Juli 1973 Sicherung der verfassungskonformen Anwendung des Grundlagenvertrages mit der DDR,
- am 25. Februar 1975 Verwerfung der Neufassung des § 218 Strafgesetzbuch (sogenannte Fristenregelung),
- am 2. Mai 1977 Feststellung der Verletzung des Gebotes der Chancengleichheit durch die SPD/FDP-Bundesregierung wegen ihrer Wahlkampfwerbung mit Steuermitteln,
- am 25. Mai 1977 Feststellung, daß der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt zum Jahreswechsel 1973/74 in verfassungswidriger Weise über mehr als 2 Mrd. DM Steuergelder verfügt hat,
- am 13. April 1978 Verwerfung der Novelle zur Änderung des Wehrpflicht- und Zivildienstgesetzes („Postkartengesetz“),
- am 28. Februar 1980 teilweise Verwerfung des 1. Ehrechtsreformgesetzes (mehr Einzelfallgerechtigkeit beim Versorgungsausgleich).

Darüber hinaus haben ideologische Propaganda gegen Rechtsgüter wie das Eigentum oder unterschiedliche Bewertung wie beim Rechtsgut Unversehrtheit des Lebens die Achtung vor diesen Rechtsgütern herabgesetzt.

Wer schließlich, wie die SPD, Verbrechen verharmlost, Rechtsbrüche nicht ahndet und Straftatbestände, die sich gegen Gewaltpropagierung und -anleitung richten, aufheben will, braucht sich nicht zu wundern, wenn Rechtsbrüche nicht mehr als Unrecht empfunden werden.

In Bremen gab es z. B. im Juni 1980 acht besetzte Häuser. In jedem Einzelfall war es eine widerrechtliche Nutzung fremden Eigentums, wie der Bremer Polizeipräsident Ernst Diekmann feststellte. Dennoch sind von seiten des Bremer Senats sogar offizielle Verhandlungen mit den Hausbesetzern aufgenommen worden. In Einzelfällen ist es zu regelrechten Duldungsverträgen gekommen.

Das eklatanteste Beispiel stellt die Besetzung öffentlicher Anlagen durch die Besetzer von Gorleben dar. In Gorleben hatten die Besetzer eine „Freie Republik Wendland“ ausgerufen. Nach der Räumung der Baustelle demonstrierten die Gorleben-Besetzer in Bremen und ließen sich in öffentlichen Anlagen nieder. Der Bremer Senat hat diese strafbare Handlung sanktioniert, der zuständige Senator verhandelte mit den Besetzern, um Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen.

Angesichts solcher Tatsachen ist die resignierende Aussage des Bremer Polizeipräsidenten verständlich, der sagt:

„Die Folge einer solchen Politik ist, daß man aus der Sicht der Polizei den Rechtsbrecher hoffähig macht.“ (Referat vor einer Arbeitsgruppe der SPD-Bürgerschaftsfraktion, 4. Juli 1980, hektografiertes Manuskript.)

FAZIT

Der Mißbrauch des Staates durch den Sozialismus,
das Mißtrauen gegen den ordnenden Staat,
die Verharmlosung des linken Extremismus,
die Verdrängung des Terrorismus,
Verfassungsbruch,

Einschüchterung der Gerichte:

dies alles hat zu einer tiefgreifenden Unsicherheit bei den Bürgern und einem schwerwiegenden Verlust an innerer Sicherheit in unserem Land geführt. Von 1969 bis 1979 hat sich die Zahl der Verbrechen und Vergehen massiv erhöht.

Der Linksextremismus ist gestärkt. Immer mehr Linksextremisten im öffentlichen Dienst, gewaltsame Demonstrationen und der weiterhin aktive Terrorismus gefährden Sicherheit und Freiheit der Bürger.